

# Stellungnahme zum Antrag

DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0246**

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **POA**

## Tarifforderungen der Sozial- und Erziehungsberufe unterstützen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	29.03.2022	16	x	

### Kurzfassung

Die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin sollte im Hinblick auf die derzeit laufenden Tarifverhandlungen die gebotene Neutralität wahren.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/> geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

## **Ergänzende Erläuterungen**

Die Gemeinderatsfraktion DIE LINKE. beantragt, dass die Stadt Karlsruhe als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband bei den anstehenden Tarifverhandlungen der Sozial- und Erziehungsdienste die Forderungen der Beschäftigten, vertreten durch die Gewerkschaft ver.di, unterstützt. Die Gewerkschaften fordern für diese Berufsgruppen Maßnahmen gegen Fachkräftemangel sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung, die einhergeht mit besseren Eingruppierungen.

Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst leisten wichtige und unverzichtbare Arbeit für die Gesellschaft. Deshalb sind der Stadt Karlsruhe wie auch den übrigen kommunalen Arbeitgebern gute Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ein sehr wichtiges Anliegen. Denn die dort erbrachten herausragenden Leistungen sind auch ein Aushängeschild für den kommunalen öffentlichen Dienst. Diese Wertschätzung zeigt sich bereits deutlich in den bestehenden Tarifverträgen, die als Ergebnis der Tarifrunden 2009 und 2015 den Sozial- und Erziehungsdienst erheblich aufwerten. Auch die Gehaltszuwächse waren in den letzten Jahren im Sozial- und Erziehungsdienst höher als bei anderen Berufsgruppen im kommunalen öffentlichen Dienst.

Am 25. Februar 2022 wurden die Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst fortgesetzt, die im Frühjahr 2020 Corona-bedingt unterbrochen werden mussten. Dabei geht es nicht um Gehaltsverhandlungen, sondern um die Eingruppierung der rund 330.000 kommunalen Beschäftigten in diesem Bereich, also um die Zuordnung von Tätigkeiten zu Entgeltgruppen. Diese Eingruppierungen wirken sich dann aber mittelbar auf die Entgelte der hiervon betroffenen Beschäftigten aus.

Bei den laufenden Tarifverhandlungen wird die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin, wie zahlreiche weitere Kommunen auch, durch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vertreten. Diese Verhandlungskommission auf Arbeitgeberseite setzt sich sowohl aus Vertreterinnen und Vertretern der VKA als auch aus amtierenden Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern zusammen. Außerdem steht die VKA über ihre Landesverbände, die Kommunalen Arbeitgeberverbände (KAV), in ständigem Kontakt mit den von ihr vertretenen Arbeitgebern und weiß um die Vor- und Nachteile, die den Kommunen die uneingeschränkte Umsetzung der von den Gewerkschaften formulierten Forderungen für den Sozial- und Erziehungsdienst bringen würden. Daher kann die Stadt Karlsruhe – ohne selbst mit am Verhandlungstisch zu sitzen – uneingeschränkt darauf vertrauen, dass sie durch die VKA bei den jetzigen Tarifverhandlungen gut und angemessen vertreten wird, der Arbeitgeberverband dabei gleichzeitig aber nicht nur die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt, sondern auch die Interessen der Mitarbeitenden im Sozial- und Erziehungsdienst und der Nutzerinnen und Nutzer im Blick hat und abwägt.

Unabhängig davon ist es für die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin auch wichtig, sich als Mitglied des KAV solidarisch zu dieser Tarifgemeinschaft zu verhalten. Daher sollte die Stadt Karlsruhe in den derzeit laufenden Tarifverhandlungen die gebotene Neutralität wahren.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.